# HAMBURGISCHES GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATT

TEIL I

Nr. 4 | FREITAG, DEN 2. FEBRUAR | 1996


## Verordnung über eine Repräsentativerhebung zur Wohn- und Lebenssituation älterer ausländischer Menschen in der Freien und Hansestadt Hamburg (Ausländer-Seniorenbefragungsverordnung)

Vom 30. Januar 1996

Auf Grund von § 2 Absatz 3 des Hamburgischen Statistikgesetzes vom 19. März 1991 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seiten 79, 474) wird verordnet:

§ 1
Anordnung als Landesstatistik

Zur Planung einer umfassenden Betreuung und Versorgung älterer ausländischer Menschen wird über deren Wohn- und Lebenssituation in der Freien und Hansestadt Hamburg eine Repräsentativerhebung als Landesstatistik durchgeführt.

§ 2
Kreis der zu Befragenden

Die Erhebung erstreckt sich auf eine repräsentative Auswahl von höchstens 1292 Personen mit der türkischen, polnischen, ehemaligen jugoslawischen, portugiesischen und italienischen Staatsangehörigkeit. Die zu befragenden Personen müssen das 55. Lebensjahr vollendet haben.

§ 3
Erhebungs- und Berichtszeitraum

Erhebungs- und Berichtszeitraum sind die ersten beiden Quartale des Jahres 1996.

§ 4
Erhebungsmethode

Die Erhebungsmethode besteht in einem standardisierten Interview.

§ 5
Erhebungsmerkmale

Erhebungsmerkmale sind:

1. Angaben zur Person, zur Arbeit und zum Beruf,
2. Familienbeziehungen und soziale Kontakte,
3. Angaben zur Wohnsituation,
4. Versorgung, Pflege, Gesundheit,
5. Einkommen und
6. Einstellungen zum Alter

entsprechend den sich aus der Anlage ergebenden Fragestellungen.

§ 6
Hilfsmerkmale

Hilfsmerkmale sind:

1. Name und Anschrift der aus dem Kreis der zu Befragenden nach einem Zufallsverfahren zur Gewinnung der repräsentativen Stichprobe aus dem Melderegister ausgewählten Personen,
2. Telefonnummer für die Kontaktaufnahme.

§ 7
Auskunftspflicht

Bei der Erhebung besteht keine Auskunftspflicht.

§ 8
Durchführung

(1) Die Statistik wird von der Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales durchgeführt.

(2) Die Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales ist befugt, die im Rahmen dieser Statistik erforderlichen Erhebungen und Auswertung durch private Dritte durchführen zu lassen.

Gegeben in der Versammlung des Senats,

Hamburg, den 30. Januar 1996.

**Anlage**

## Liste der Erhebungsmerkmale

1. **Angaben zur Person, zur Arbeit und zum Beruf**

1.1. Bezirk des Befragten

1.2. Ortsamt des Befragten

1.3. Stadtteil des Befragten

1.4. Geburtsjahr

1.5. Geschlecht des Befragten

1.6. Familienstand

1.7. Aufenthaltsdauer in der Bundesrepublik Deutschland

1.8. Herkunftsort

1.9. Aufenthaltsstatus

1.10. Schulbesuchsdauer

1.11. Schulabschluß

1.12. Beruf

1.12.1. Berufliche Stellung

1.12.2. Zusätzliche berufliche Qualifikation in der Bundesrepublik Deutschland

1.12.3. Ausbildungsort der beruflichen Qualifikation

1.13. Arbeitsverhältnis im Herkunftsland

1.14. Zeit der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung

1.15. Immigrationsgrund

1.16. Geplante Aufenthaltsdauer in der Bundesrepublik Deutschland

1.17. Fragen zur Erwerbstätigkeit

1.17.1. Art der Erwerbstätigkeit

1.17.2. Beendigung der Erwerbstätigkeit

1.17.3. Dauer der Nichterwerbstätigkeit

1.17.4. Dauer der Erwerbstätigkeit insgesamt

1.17.5. Grund des Ausscheidens aus dem Erwerbsleben

1.17.6. Vorzüge des Ausscheidens aus dem Erwerbsleben

1.17.7. Nachteile des Ausscheidens aus dem Erwerbsleben

1.18. Beruf der Ehepartnerin beziehungsweise des Ehepartners

1.19. Pläne nach dem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben

2. **Familienbeziehung und soziale Kontakte**

2.1. Kinder

2.1.1. Anzahl der Kinder

2.1.2. Anzahl der Kinder in der Bundesrepublik Deutschland und der Heimat

2.1.3. Aufenthaltsort der Kinder in der Bundesrepublik Deutschland

2.1.4. Kontakt zu den Kindern

2.1.5. Telephonischer Kontakt mit den Kindern

2.1.6. Verwendung von Verkehrsmitteln zum Besuch der Kinder

2.1.7. Materielle Unterstützung

2.1.7.1. Sach- oder Geldleistungen von den Kindern

2.1.7.2. Art der Sachleistung(en)

2.1.7.3. Materielle Unterstützung der Kinder

2.1.7.4. Art der Unterstützungsleistung(en)

2.2. Angehörige und Freunde in der Bundesrepublik Deutschland
2.2.1. Anzahl der Angehörigen und Freunde
2.2.2. Wohnort der Angehörigen und Freunde
2.2.3. Häufigkeit der Treffen mit Angehörigen und Freunden
2.2.4. Ort der Begegnung mit Angehörigen und Freunden
2.3. Deutsche Bekannte und Freunde
2.3.1. Kontakthäufigkeit mit deutschen Bekannten und Freunden
2.3.2. Grund für fehlende Bekanntschaften/Freundschaften mit Deutschen
2.4. Wunsch nach Kontakten mit weiteren Menschen
2.5. Vertrauensperson
2.6. Einschätzung der Deutschkenntnis
2.7. Unterstützungswunsch
2.8. Aktive Kontaktaufnahme

3. **Wohnen**

3.1. Wohnform
3.2. Wohnungsgröße
3.3. Anzahl der Räume
3.4. Wohnungslage des Befragten
3.5. Fahrstuhl
3.6. Gebäudeart
3.7. Wohndauer
3.8. Zusammenwohnen
3.8.1. Mitbewohner
3.8.2. Anzahl der Personen im Haushalt
3.8.3. Dauer des Alleinlebens
3.8.4. Grund des Alleinlebens
3.8.5. Bewertung des Alleinlebens
3.9. Wohnungsausstattung
3.10. Miethöhe
3.11. Negative Seiten der Wohnung
3.12. Positive Seiten des Wohnumfeldes
3.13. Negative Seiten des Wohnumfeldes
3.14. Einschätzung der Wohnsituation
3.15. Wunsch nach anderer Wohnsituation
3.16. Positive Seiten von Hamburg
3.17. Negative Seiten von Hamburg

4. **Pflege, Versorgung und Gesundheit**

4.1. Hilfe- und Unterstützungsleistung für andere Personen
4.1.1. Stellung der Person(en)
4.1.2. Pflegebedürftigkeit der Person
4.1.3. Schwere der Pflegebedürftigkeit
4.1.4. Aufwand für Hilfeerbringung
4.1.5. Mitbetreuungsperson(en)
4.1.6. Dauer der Hilfeleistungen der Mitbetreuungsperson(en)
4.1.7. Entlohnung der Hilfeerbringung
4.1.8. Kostenträger der Entlohnung
4.1.9. Tätigkeiten der Hilfeerbringung
4.1.10. Unterstützungswünsche bei der Hilfeerbringung
4.2. Beurteilung des Gesundheitszustandes
4.3. Arztfrequentierung
4.4. Krankheitsbedingte Behandlung
4.4.1. Art der physischen Krankheit
4.4.2. Art der psychischen Krankheit
4.5. Schwerbehinderung
4.5.1. Prozentualer Schweregrad der Behinderung
4.5.2. Ursache der Schwerbehinderung
4.6. Selbst pflegebedürftig
4.6.1. Beginn der Pflegebedürftigkeit
4.6.2. Schwere der Pflegebedürftigkeit
4.6.3. Befragter war bettlägerig / Rollstuhlfahrer
4.7. Aktivitätseinschränkung(en)
4.7.1. Hilfestellungen bei eingeschränkten Aktivitäten
4.7.2. Beurteilung dieser Hilfestellungen
4.7.3. Bedarfswünsche bei zu wenig Hilfestellung
4.7.4. Person(en), die die Hilfe erbringt beziehungsweise erbringen
4.7.5 Grund für zuwenig Hilfestellung
4.8. Akquirierung von professioneller Hilfe
4.9. Kosten dieser professionellen Hilfe
4.10. Hilfen im plötzlichen Krankheitsfall
4.11. Versorgung bei ständiger Hilfs- und Pflegebedürftigkeit
4.12. Grundbedingungen für Alten- beziehungsweise Pflegeheimeinzug
4.13. Kenntnis von Alten(hilfe)angeboten in Hamburg
4.14. Verbesserungsvorschläge für ältere ausländische Menschen
4.15. Wunsch nach einem bestimmten Bestattungsort
4.16. Bestattungskosten

5. **Einkommen**

5.1. Einkommensart
5.2. Rentenbezugszeit
5.3. Probleme der Rentenbeantragung
5.4. Rentenantragsbearbeitungszeit
5.5. Zurückzahlung von Rentenversicherungsbeiträgen
5.6. Monatliches Nettoeinkommen

5.7. Anzahl der Personen im Haushalt, die Einkommen beziehen

5.7.1. Gesamthaushaltseinkommen

5.8. Ausreichen des Einkommens

5.8.1. Hilfe bei finanziellen Schwierigkeiten

5.9. Kreditaufnahme

5.10. Anspruch auf Wohngeld oder Sozialhilfe

5.10.1. Inanspruchnahme von Wohngeld oder Sozialhilfe

5.10.2. Grund für Nichtinanspruchnahme von Wohngeld beziehungsweise Sozialhilfe

5.11. Verwendung des Einkommens nach Abzug der Ausgaben

6. **Subjektive Einstellung zu Alter und Migration**

6.1. Selbsteinschätzung der befragten Person zum Alter

6.2. Subjektive Aussagen zur Lebenssituation

6.3. Negative Punkte der Lebenssituation

6.4. Zufriedenheitseinschätzung

6.5. Rückkehrbereitschaft

6.6. Gründe für einen Verbleib in der Bundesrepublik Deutschland

6.7. Erfüllung der Migrationszielsetzung

6.8. Zielerreichung durch die Migration

6.9. Heimatgefühle gegenüber der Bundesrepublik Deutschland

Herausgegeben vom Senat der Freien und Hansestadt Hamburg.
Druck, Verlag und Ausgabestelle: Lütcke & Wulff, Heidenkampsweg 76B, 20097 Hamburg, — Telefon: 23 51 29-0 — Telefax: 23 27 86. Bestellungen nimmt der Verlag entgegen. Bezugspreis für Teil I und II zusammen jährlich 120,— DM. Einzelstücke je angefangene vier Seiten 0,40 DM (Preise einschließlich 7 % Mehrwertsteuer). — Beim Postbezug wird der Teil I des Hamburgischen Gesetz- und Verordnungsblattes im Bedarfsfall dem Amtlichen Anzeiger als Nebenblatt im Sinne von § 8 der Postzeitungsordnung beigefügt.